

**A-1** Antrag auf Anerkennung der Landesfachgruppe Frauen

Antragsteller\*in: Katja Wolke (KV Magdeburg), Conny Lüddemann (KV Dessau), Rebecca Kutz (KV Magdeburg), Gisela Graf (KV Magdeburg), Michelle Angeli (KV Magdeburg), Juliane Krause (KV Harz), Angelika Meier (KV Börde)

Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

- 1 Der LDR möge beschließen:
- 2 „Die Landesfachgruppe Frauen wird als Fachgruppe des Bündnisgrünen
- 3 Landesverbandes Sachsen-Anhalt anerkannt.“

## A-2 Für eine qualitativ hochwertige Versorgung in der Geburtshilfe

Gremium: Landesfachgruppe Soziales  
Beschlussdatum: 06.03.2018  
Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

1 Die Etablierung eines Runden Tisches „Geburt und Familie“ in dem alle relevanten  
2 Akteure des Landes Sachsen-Anhalt zusammen Handlungsempfehlungen für die  
3 Landesregierung vorschlagen, war einer der Punkte im Koalitionsvertrag, den  
4 Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Kenia-Koalition durchgesetzt und festgeschrieben  
5 haben.

6 Die erfolgreiche und kooperative Zusammenarbeit in drei Arbeitsgruppen seit  
7 Herbst 2016 hat dazu geführt, dass auf der vergangenen Sitzung des Runden  
8 Tisches im Oktober 2017 sieben Handlungsempfehlungen befürwortet worden sind.  
9 Eine Studie zur Bedarfsermittlung wurde ebenfalls in Auftrag gegeben. Somit kann  
10 diese Arbeit als bisher erfolgreich betrachtet werden. Unter Federführung des  
11 Gesundheitsministeriums wird die Arbeit des Runden Tisches Mitte 2018  
12 fortgesetzt.

13 Die wichtigsten Handlungsempfehlungen sollten nun auch politisch umgesetzt  
14 werden. Dazu beauftragt der Landesverband die Landtagsfraktion dafür Sorge zu  
15 tragen, dass die Ministerin im Kabinett und der Landtag alle notwendigen  
16 politischen Entscheidungen mit Beschlüssen untersetzt und finanzielle Mittel  
17 bereitgestellt werden.

18 Dabei setzen wir uns insbesondere für die Unterstützung von drei zentralen  
19 Projekten ein:

- 20 1. Modellprojekt hebammengeleiteter Kreißsaal mit Evaluation für 3 Jahre
- 21 2. Aufnahme des Nationalen Gesundheitszieles „Gesundheit rund um die Geburt“  
22 in die Landesgesundheitsziele
- 23 3. Öffentlichkeitswirksame Kampagne zum Hebammenberuf mit  
24 Auftaktveranstaltung für kommunale und professionelle  
25 Funktionsträger\*innen und die Bevölkerung

26 Das Ziel Frauen und Familien eine qualitativ hochwertige Versorgung in der  
27 Geburtshilfe zu gewährleisten, die Kinder- und Frauengesundheit zu stärken u.a.  
28 durch die Senkung der Kaiserschnitttrate, vertreten Bündnis 90/DIE GRÜNEN im  
29 weiteren Prozess. Dazu sind die genannten drei Maßnahmen vom Runden Tisch  
30 vorgeschlagen worden für deren Umsetzung wir uns nun einsetzen.

## Begründung

Erfolgt mündlich. Nur eine Anmerkung, wieso dies notwendig zu sein scheint: Am 30.11. wäre wohl die Etablierung des Gesundheitszieles in einer Sitzung des zuständigen Gremiums abgelehnt worden. Das kann ja wohl so nicht hingenommen werden, die Landesvereinigung für Gesundheit darf das doch wohl nicht entscheiden?

**A-3** Resolution: Keine Zeit verlieren – Bildungsgang „Fachschule für Ökolandbau“ endlich umsetzen!

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Dorothea Frederking (KV Altmarkkreis Salzwedel),  
Mathias Fangohr (KV Stendal)

Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

- 1 Die Berufsbildenden Schulen Altmarkkreis Salzwedel (BBS SAW) beantragten auf
- 2 eigene Initiative und mit großem Engagement seit 2013 die Einrichtung einer
- 3 einjährigen Fachschule für Ökologischen Landbau. Zukünftige Betriebsleiter\*innen
- 4 und Betriebsleiter sollen auf ihre Aufgaben und die speziellen Herausforderungen
- 5 ökologisch wirtschaftender Betriebe vorbereitet werden. Der letzte
- 6 diesbezügliche Antrag an das Bildungsministerium wurde am 31.07.2017 gestellt.
- 7 Dieser Bildungsgang ist sinnvoll und der Bedarf wurde nachgewiesen, da immer
- 8 mehr Fachkräfte für die Leitung eines ökologisch wirtschaftenden Betriebes
- 9 gesucht werden. In Deutschland steigt die Anzahl der Ökobetriebe kontinuierlich.
- 10 In Sachsen-Anzahl hat sich durch die verbesserten Förderbedingungen unter dem
- 11 grün-geführten Landwirtschaftsministerium die landwirtschaftliche Nutzfläche im
- 12 Ökoanbau seit der Koalitionsbildung im April 2016 von 4,7% bis zum Januar 2018
- 13 auf 6,1% erhöht. Diese Steigerung um ein Drittel ist enorm und ein großer
- 14 Erfolg, um das Ziel des Koalitionsvertrages von 20 Prozent Ökolandbau zu
- 15 erreichen.
- 16 Das CDU-geführte Bildungsministerium sieht jedoch keinen Bedarf für diese
- 17 Fachschule. Diese Aussage ist ein Rückschlag für die BBS SAW in ihren
- 18 jahrelangen Bemühungen um Nachhaltigkeit und die Stärkung des Schulstandortes
- 19 und widerspricht der im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung zur
- 20 Einrichtung eines Bildungsganges Ökolandbau. Zudem verfügen die BBS SAW über
- 21 qualifiziertes Personal und die sächliche Ausstattung, um diesen Bildungsgang
- 22 anzubieten.
- 23 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher das Bildungsministerium auf, den Bedarf
- 24 anzuerkennen, im Einzelfall Schüler\*innen aus den benachbarten Bundesländern zu
- 25 zulassen, den neuen Bildungsgang in der Verordnung für Berufsbildende Schulen
- 26 aufnehmen und endlich die Umsetzung einer Fachschule für Ökolandbau an den BBS
- 27 SAW zu ermöglichen!

#### A-4 Antrag auf Gründung LFG „Ländlicher Raum“

Antragsteller\*in: Cathleen Hoffmann (KV Stendal), Mirko Wolff (KV Altmarkkreis Salzwedel),  
Britta Heide Garben (KV Börde), Christian Franke (KV Altmarkkreis  
Salzwedel), Ruben Engel (KV Stendal)

Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

- 1 Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:
- 2 Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt beschließt, dass
- 3 eine Landesfachgruppe mit dem Namen „Ländlicher Raum“ gegründet wird.

### Begründung

Ob in der Berichterstattung über ländliche Räume oder auf der Ebene von Analysen (auch Bündnisgrünen) gibt es ein zu beobachtendes Kontinuum: Alle Beschreibungen, vor allem auch Bündnisgrüne, haben eine idealisierte Sicht auf ländliche Räume inne. Aktuelle Beschreibungen und Draufsichten münden zudem meist in einer defizitären Problemanalyse von ländlichen Räumen. Wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ist genau das Beschriebene auch immer eine Frage der Sichtweise. Das Ländliche hält die städtischen Lebensbedingungen für Problembeladenen und das Städtische das Ländliche.

Der LFG „Ländlicher Raum“ soll es vor allem um eine stärkere Konzentration auf diese Räume gehen. Letztlich geht es also auch darum Sichtbarkeit für die Belange von ländlichen Räumen zu erzeugen. Bündnisgrüne Politikangebote müssen in den nächsten Jahren Antworten formulieren und umsetzen die nicht nur akzeptiert werden, sondern vor allem auch dem Bedarf und Prioritäten entsprechen. Für die zukünftige Arbeit einer LFG bedeutet dies vor allem Themen als solche auch zu akzeptieren, auf- und wahrzunehmen, um diese dann auch bearbeiten zu können.

Es muss uns gelingen Erzählung wie das ländliche Leben zukünftig aussehen könnte aufzuzeigen und vor allem mit adäquaten politischen Angeboten präsent zu sein und somit auch die Akzeptanz für Bündnisgrüne Politikangebote gerade im ländlichen Raum zu erhöhen. Die LFG soll in den nächsten Jahren einen Beitrag leisten über einen wertschätzenden Zugang eben diese ländlichen Räume für Bündnisgrüne Politik aufzumachen, präzise Angebote zu entwickeln und umzusetzen. Die LFG soll zum Beispiel Grundsatzdiskussionen führen, Arbeitspapiere erstellen, Maßnahmenvorschläge für die umsetzenden Politikebenen der Partei machen. Anregungen Externer werden aufgenommen, Referent\*innen eingeladen oder es wird sich selbst vor Ort ein Bild gemacht. Die LFG will hierbei bei diversen politischen Themenfeldern eng mit den anderen LFGen des Landes und AGen des Bundes zusammen arbeiten, sodass ländlicher Raum als Querschnittsthema immer mitgedacht wird.

## A-5 Protokolle im Wurzelwerk

Antragsteller\*in: Claus-Jürgen Dietrich (KV Anhalt-Bitterfeld)

Tagesordnungspunkt: 5 Anträge

1 Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:

- 2 1. Der Landesvorstand wird aufgefordert, umgehend die (bestätigten)  
3 Protokolle seiner Sitzungen den Mitgliedern durch das Einstellen ins  
4 Wurzelwerk zugänglich zu machen.
- 5 2. Der Landesvorstand wird aufgefordert, zukünftig die Protokolle seiner  
6 Sitzungen unverzüglich parteiöffentlich zu machen z. B. durch das  
7 Einstellen ins Wurzelwerk.

## Begründung

Das letzte im Wurzelwerk verfügbare Protokoll einer Sitzung des Landesvorstands datiert auf den 22. September 2015 (Stand 07.03.2018, 19 Uhr). Damit ist eigentlich schon alles gesagt.

In § 8 Absatz 6 Satz 4 unserer Satzung heißt es: „der Landesvorstand sorgt für die ordnungsgemäße Protokollierung seiner Sitzungen und die Verteilung der Protokolle.“ In der nun schon länger zurückliegenden Vergangenheit geschah dies dadurch, dass die Protokolle ins Wurzelwerk eingestellt wurden.

Von diesem Gebot der Transparenz hat sich der Landesvorstand bereits vor langer Zeit verabschiedet. Es gilt, sie wieder einzufordern.

**L-1NEU** Lebendige Demokratie verteidigen – Zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts stärken

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 3 Zivilgesellschaft stärken, Menschenfeinden entgegentreten

1 Demokratie, politische Selbstbestimmung und die Chance auf friedliche  
2 Veränderung durch überzeugende Argumente, ist weder selbstverständlich noch  
3 unveränderlich. Sie müssen immer wieder gegen autoritäre Versuchungen verteidigt  
4 werden. Sie brauchen Bürgerinnen und Bürger, die sich einmischen und engagieren.  
5 Sie brauchen demokratische Institutionen, die für Beteiligung offen sind.

6 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt erklären:

7 Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft sind Angriffe auf die  
8 Demokratie und werden von uns zutiefst verurteilt. Eine starke Zivilgesellschaft  
9 ist das Rückgrat unserer Demokratie. Wir wollen Engagement nachhaltig  
10 unterstützen, indem wir die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftlichen  
11 Einsatz strukturell verbessern. Mit Blick auf den sachsen-anhaltischen  
12 Landeshaushalt für 2019 und 2020 halten wir in der gegenwärtigen Situation eine  
13 Verstärkung der Mittel für Demokratieförderung für notwendig.

14 Vereine und Initiativen, die sich der Förderung der Demokratie und ihrer  
15 Verteidigung gegen Angriffe widmen, müssen in die Lage versetzt werden, ihre  
16 Arbeit kontinuierlich mit geeignetem und fair bezahltem Personal zu leisten.  
17 Dafür braucht es ein höheres finanzielles Engagement des Landes.

18 Die unsägliche Unterstellung und Gleichsetzung des demokratisch und sozial  
19 motivierten Einsatzes gegen Rechtsextreme mit einem angeblich ebenso  
20 gefährlichen Linksextremismus muss auch auf Seiten der verantwortlichen  
21 politischen und staatlichen Institutionen ein Ende haben. Hier fordern wir dem  
22 Mut zur Differenzierung und zur demokratiestärkenden Wachsamkeit statt  
23 gefährlicher Gleichgültigkeit.

24 Es ist und bleibt die vordringlichste Pflicht aller Demokraten, sich  
25 demokratiefeindlichen Bestrebungen, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit  
26 entgegenzustellen. Das gilt ausdrücklich auch dann, wenn sie im Gewand einer  
27 demokratisch gewählten Partei daherkommen.

28 Wir stehen in Solidarität mit zivilgesellschaftlichen Vereinen, die sich der  
29 Demokratieförderung widmen und die sich tagtäglich gegen Rassismus,  
30 Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
31 engagieren.

32

33 Begründung

34 In den letzten Monaten haben wir gelernt, wie wichtig der Streit nicht nur in  
35 der Demokratie, sondern auch um die Demokratie ist. Nicht nur auf der Straße –  
36 auch in den Parlamenten in den Ländern und im Bund gilt es nach dem Einzug der  
37 rechts-völkischen AfD, sich deren zunehmend demokratiefeindlichen Anwürfen  
38 engagiert entgegenzustellen.

39 Wo der rechte Verleger und enge Verbündete der AfD, Götz Kubitschek, Ende  
40 Februar in Cottbus neben den Parteien „die Zivilgesellschaft“ zum Feind erklärt,  
41 da versucht er einen tiefen Keil zu treiben zwischen das selbsterklärte und als  
42 vermeintliche Gemeinschaft organisierte „Volk“ und diejenigen, die tagtäglich in  
43 komplexen Problemlagen um den Bestand der Demokratie in Deutschland ringen.

44 In Sachsen-Anhalt verfolgt die AfD diese Strategie im Landtag besonders perfide.  
45 Mit langen Anfragen, angefüllt mit Unterstellungen und Zuschreibungen zeichnet  
46 die Partei – zuletzt im Dezember vergangenen Jahres – ein verzerrtes und  
47 falsches Bild beispielsweise von der Arbeit des Vereins „Miteinander e.V.“,  
48 stellt die Finanzierung von Demokratiearbeit in Frage und versucht  
49 Mitarbeiter\*innen und Projekte in einen extremistischen, rechtsfreien und  
50 gewaltaffinen Kontext zu stellen.

51 Diejenigen, die immer wieder aufzeigen, wie eng der Schulterchluss zwischen AfD  
52 und den als Verfassungsfeinden beobachteten Rechtsextremisten ist, will die AfD  
53 diskreditieren. Die AfD und andere Akteure der Neuen Rechten wollen  
54 Zivilgesellschaft und politische Gegner\*innen zum Schweigen bringen und ins  
55 politische Abseits stellen. Die Partei mag demokratisch gewählt sein – sie ist  
56 aber keinesfalls demokratisch gesinnt.